

# SITZUNG

Sitzungstag:

18.12.2013

Sitzungsort:

Kusel

---

Namen der Mitglieder des Kreistages

---

## Vorsitzender

Dr. Winfried Hirschberger	
---------------------------	--

## Niederschriftführer

KOVR Manfred Drumm	
--------------------	--

## SPD

Rudi Agne	
Matthias Bachmann	TOP 9 - 10 entschuldigt
Karl-Heinz Becker	
Detlef Bojak	
Frieder Haag	
Jürgen Kreischer	
Dr. Oliver Kusch	
Ute Lauer	
Axel Müller	
Klaus Müller	
Erwin Reiber	TOP 10 entschuldigt
Andrea Schneider	
Anni Schummel	
Friedrich Wunn	

## CDU

Toni Guhmann	
Xaver Jung	
Michael Kolter	
Christoph Lothschütz	
Dr. Leo Reiser	
Rosemarie Saalfeld	
Dr. Stefan Spitzer	

## FWG

Hans Harth	
Martin Pfeiffer	
Helmut Weyrich	

### **Bündnis 90/ Die Grünen**

Patricia Altherr	
Dr. Wolfgang Frey	

### **Wählergruppe Jung Egbert**

Heinrich Steinhauer	TOP 7 - 10 entschuldigt
---------------------	-------------------------

### **FDP**

Katharina Büdel	
Peter Matzenbacher	

### **Die Linke**

Robert Drumm	
--------------	--

### **Kreisbeigeordnete**

Erster Kreisbeigeordneter Jürgen Conrad	TOP 10 entschuldigt
Kreisbeigeordneter Otto Rubly	
Kreisbeigeordneter Gerhard Kirch	

### **Verwaltung**

Kreisbeschäftigter Dieter Korb	
KVD Ulrike Nagel	
RD Horst-Dieter Schwarz	
KAM Marc Wolf	

### **Kreistagsmitglieder**

Martin Pfeiffer	
Kreisbeigeordneter Otto Rubly	

**Abwesend:**

### **SPD**

Siegmar Leixner	entschuldigt
-----------------	--------------

### **CDU**

Alice Höft	entschuldigt
Josef Weis	entschuldigt

### **FWG**

Rüdiger Becker	entschuldigt
----------------	--------------

### **Bündnis 90/ Die Grünen**

Andreas Hartenfels	entschuldigt
--------------------	--------------

**Wählergruppe Jung Egbert**

Egbert Jung	entschuldigt
-------------	--------------

**Die Linke**

Martin Trapp	entschuldigt
--------------	--------------

# Tagesordnung

der Sitzung des Kreistages am Mittwoch, dem 18.12.2013, um 16:00 Uhr,  
im Veranstaltungsraum der Kreissparkasse Kusel (3. OG), Gartenstraße 4, in  
Kusel

## A) Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragestunde
2. Vorstellung des "Kreissatlas zur vertragsärztlichen Versorgung" der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz
3. Bericht der Beauftragten des Landkreises für Menschen mit Behinderungen
4. Vorstellung des Energieberichtes der Kreisverwaltung für das Jahr 2012
5. Vollzug des Haushaltsplanes 2012  
hier: Haushaltsüberschreitungen
6. Jahresabschluss 2012
  - 6.1. Feststellung des Jahresabschlusses
  - 6.2. Entlastung des Kreisvorstands
7. Unterrichtung über unterjährige Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes im Jahr 2013
8. Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kusel
  - 8.1. Feststellung des Jahresabschlusses für das Jahr 2012
  - 8.2. Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014
9. Informationen

## B) Nichtöffentlicher Teil

10. Auftragsvergaben

\*\*\*\*\*

Der Vorsitzende eröffnete gegen 16.00 Uhr die 4. Kreistagssitzung in diesem Jahr, die 19. Sitzung der laufenden Legislaturperiode und gleichzeitig die 245. Kreistagssitzung nach dem Kriege. Nach einleitenden Begrüßungsworten stellte er die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Frau Katharina Büdel die mündliche Beantwortung einer Anfrage zur Vertaktung der Züge aus Kaiserlautern mit der Buslinie in Richtung Kusel. Der Vorsitzende sagte die Beantwortung der Anfrage am Ende der öffentlichen Sitzung (vgl. TOP 9 – Informationen) zu.

Da keine Anträge zur Ergänzung bzw. Erweiterung der Tagesordnung eingebracht wurden, konnte unmittelbar im Anschluss mit der Abhandlung der einzelnen Tagesordnungspunkte begonnen werden.

<b>Kreistags-Sitzung am 18.12.2013</b> <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>32</b>		
<b>TOP: 1</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

### ***Einwohnerfragestunde***

Der Vorsitzende erklärte, dass bei der Verwaltung zu diesem Tagesordnungspunkte keine Fragen bzw. Vorschläge und Anregungen eingegangen seien.

<b>Kreistags-Sitzung am 18.12.2013</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>32</b>		
<b>TOP: 2</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

**Vorstellung des "Kreisatlas zur vertragsärztlichen Versorgung" der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz**

Herr Torsten Erb, Abteilungsleiter der Sicherstellung, stellte den Versorgungsatlas der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz vor. Zu Beginn seiner Ausführungen hob Herr Erb hervor, dass der Kreistag des Landkreises Kusel als erster Kreistag in Rheinland-Pfalz den Kreisatlas von der Kassenärztlichen Vereinigung vorgestellt bekomme, wenngleich dieser bereits in einigen Landkreisen erschienen sei. Mit dem Kreisatlas, welcher den Mitgliedern des Kreistags ausgeteilt sei, wolle die Kassenärztliche Vereinigung die Diskussion anregen und zur Objektivierung des Themas beitragen.

Nach einer kurzen Vorstellung seiner Person und der Kassenärztlichen Vereinigung ging er auf die Entwicklung und Strukturen der Bevölkerung ein. Im Zusammenhang mit der Bereitschaftsdienstorganisation wies er darauf hin, dass die Einwohner des Landkreises Kusel durchschnittlich eine Fahrdistanz von 12,5 Kilometern benötigen, um ihre zuständige Bereitschaftsdienstzentrale zu erreichen. Lediglich 12 Prozent der Einwohner müssten mehr als 20 Kilometer zurücklegen. Zur Arztsituation erklärte er, dass im Landkreis Kusel derzeit 49 Hausärzte und 45 Fachärzte, insgesamt also 94 Vertragsärzte, tätig seien. Die Differenz zu den 91 Versorgungsaufträgen sei im Vergleich zum Landesdurchschnitt auffällig gering. Das mittlere Alter der aktiven Hausärzte im Landkreis Kusel betrage 58 Jahre und der Fachärzte 52 Jahre. 63 Prozent der Hausärzte seien bereits über 54 Jahre alt und es entstehe hier ein Nachbesetzungsbedarf, wenngleich die Regelaltersgrenze aufgehoben worden sei. Anschließend erläuterte er die räumliche Verteilung der Vertragsärzteschaft im Landkreis Kusel. Durch den hohen Anteil von Vertragsärzten im Alter von über 54 Jahren werde bis 2020 mit einem Nachbesetzungsbedarf von 29 zugelassenen Hausärzten (63 %) und 2 angestellten Hausärzten (67 %) gerechnet. Nach der Bedarfsplanung verfüge der Landkreis Kusel derzeit über eine formal gute Versorgungsrate. Die durchschnittliche Fahrdistanz im Kreis Kusel zum nächstgelegenen Hausarzt betrage 2 Kilometer. Der Landesdurchschnitt liege bei 1,4 Kilometer. Die Hausarztpatienten im Landkreis Kusel legten jedoch durchschnittlich 5,2 Kilometer zurück, was beispielsweise auf persönliche Präferenzen, Arbeitswege usw. zurückzuführen sei. Sodann ging er auf die Patientenzahlen nach Altersklassen ein und wies darauf hin, dass die Behandlungshäufigkeit im Landkreis Kusel etwa 10 Prozent über dem Landesdurchschnitt liege. Die Prognose der Hausarzt-Patientenzahlen zeige eine deutliche Zunahme der über 65-Jährigen, jedoch komme es insgesamt zu einem deutlichen Rückgang von ca. 10 %. Zum Schluss seines Vortrags ging er auf die Krankheitslast der Bevölkerung ein und erklärte, dass der Landkreis Kusel mit 20,5 % im Vergleich zum Land einen überdurchschnittlichen Anteil multimorbider Patienten aufweise.

Der Vorsitzende bedankte sich bei Herr Erb für seinen Bericht und wies darauf hin, dass sich die Westpfalz-Klinikum GmbH dort, wo die ambulante gesundheitliche Versorgung nicht durch nachrückende Ärzte sichergestellt werden könne, grundsätzlich engagieren wolle. Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung sehe eine entsprechende Regelung zur Zulassung von Krankenhäusern in vor.

Herr Dr. Leo Reiser (CDU) sprach die Situation im nördlichen Landkreis an und wies darauf hin, dass es sehr schwierig sei, Arztstellen wieder zu besetzen. Auch Herr Michael Kolter (CDU) verwies auf den im Kreisatlas projizierten altersbedingten Nachbesetzungsbedarf,

wonach den auf Seite 39 genannten Gemeinden sogar der Verlust der hausärztlichen Versorgung drohe, wenn keine Nachfolger gefunden werden. Er kritisierte, dass in den Richtlinien zur Förderung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum die Verbandsgemeinden Wolfstein und Lauterecken nicht genannt werden. Vor dem Hintergrund der zukünftigen Entwicklung habe er sich deshalb mit einem Schreiben an das Gesundheitsministerium gewandt. Außerdem sei die ambulante gesundheitliche Versorgung zwar grundsätzlich Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung, jedoch müssen sich auch die kommunalen Vertreter in die Pflicht nehmen lassen und nannte die medizinischen Versorgungszentren als Stichwort. Vor dem Hintergrund, dass Herr Erb dem Landkreis Kusel eine formal gute ärztliche Versorgung attestiere, schilderte Herr Detlef Bojak (SPD) anschließend seine persönlichen Erfahrungen und stellte in Frage, ob diese mit Blick auf die Wartezeiten tatsächlich für den Bereich der Fachärzte gegeben sei. Da sich die Bundesregierung im Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt habe, für gesetzlich Versicherte die Wartezeit auf einen Arzttermin deutlich reduzieren zu wollen, bestätigte dies wohl seine Eindrücke und ihn würde deshalb interessieren, welche Erfahrungen die Kassenärztliche Vereinigung hinsichtlich der Wartezeiten habe und welche Chance man dort für eine Verkürzung sehe.

Zusammenfassend ging Herr Erb zunächst auf die Problematik hinsichtlich der praktischen Umsetzung der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Wartezeit bei einer Überweisung zum Facharzt ein. Bei entsprechenden Hinweisen bezüglich unangemessener Wartezeiten nehme die Kassenärztliche Vereinigung dies zum Anlass, die entsprechenden Vertragsärzte in einem Gespräch auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen. Auf die Fragen von Herr Dr. Leo Reiser erklärte er, welche Möglichkeiten der Gesetzgeber für die Verbesserung der ärztlichen Versorgung geschaffen habe und wies auf die Maßnahmen der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz zur Niederlassung von neuen Vertragsärzten hin.

Abschließend erklärte der Vorsitzende, dass man in der Frage, wie man dem drohenden Ärztemangel begegnen wolle, gerne mit der Kassenärztlichen Vereinigung konstruktiv und kreativ zusammenarbeiten wolle und bat er Herrn Erb, die vorgebrachten Hinweise der Kreistagsmitgliedern mitzunehmen.

<b>Kreistags-Sitzung am 18.12.2013</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>32</b>		
<b>TOP: 3</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

### ***Bericht der Beauftragten des Landkreises für Menschen mit Behinderungen***

Die Beauftragte für die Belange behinderter Menschen, Frau Elke Klink, erklärte, dass sie den Bericht unter den Titel „Inklusion im Landkreis Kusel“ gestellt habe. Inklusion bedeute, dass Menschen mit Behinderungen mitten hinein in die Gesellschaft gehören und zwar von Anfang an. Inklusion habe in der Vergangenheit auch ihre Arbeit geprägt und spiegle sich in vielen Handlungsfeldern der Kommunen wieder. Sie erläuterte die Handlungsfehler im Einzelnen und kritisierte im Zusammenhang mit dem Handlungsfeld Gesundheit, dass einige Arztpraxen nicht barrierefrei seien. Zum Stichwort „Bildung und Erziehung“ erklärte sie, dass es sie ganz besonders gefreut habe, dass die Außenstelle Wolfstein der Kreisvolkshochschule Gebärdensprache mit in ihr Programm aufgenommen habe. Weiterhin habe man inzwischen neben dem Integrationsbetrieb in Brücken mit dem Restaurant der Wasserburg Reipoltskirchen einen weiteren dazugewinnen. Außerdem hob sie die Teilnahme des Landkreises an dem Landesprojekt „Barrierefreier Tourismus“ hervor und verband damit den Wunsch, dass dies auch im Bereich der Gastronomie verstärkt umgesetzt werde. Sie dankte außerdem dem Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Süd dafür, dass nunmehr fast alle Bahnhöfe im Landkreis barrierefrei seien.

Da gerade die Kommunen eine besondere Rolle beim Thema „Inklusion“ spielen, habe sie, nicht zuletzt auch auf Wunsch des Landrats, die Barrierefreiheit der kreiseigenen Gebäude sowie die Situation in den Verbandsgemeinden, näher beleuchtet. Sie zählte die aktuellen Maßnahmen, welche seitens des Landkreises hinsichtlich der Barrierefreiheit in Angriff genommen wurden auf, und berichte über die Ergebnisse ihrer Analyse in den einzelnen Verbandsgemeinden bezogen auf die Verbandsgemeindeverwaltung, die Schulen sowie die Bürgerhäuser. Sie lobte in diesem Zusammenhang das Rathaus der Verbandsgemeinde Altenglan sowie den Umbau des Bürgerhauses der Ortsgemeinde Hüffler als besonders vorbildlich. Bezüglich der Kindertagesstätten sei feststellen, dass bei Neu- und Umbauten auf die Zugänglichkeit geachtet wurde und diese auch über einen Behinderten-WC verfügen. Im Altbestand sei hingegen oftmals keine Barrierefreiheit gegeben und auch die Schwimmbäder im Landkreis verfügen zwar meist über einen Behinderten-WC, jedoch nicht über eine Rampe oder einen Lift um in das Becken zu gelangen. Schließlich informierte sie noch über ihre Beratungsarbeit sowie über die Herkunft und Verwendung der Spenden, die ihr zur Unterstützung zur Verfügung gestellt wurden.

Der Vorsitzende dankte Frau Klink für ihre Arbeit und erklärte, dass sich zeige, dass inzwischen eine Sensibilisierung für das Thema stattgefunden habe.

<b>Kreistags-Sitzung am 18.12.2013</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>32</b>		
<b>TOP: 4</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

### ***Vorstellung des Energieberichtes der Kreisverwaltung für das Jahr 2012***

Der Vorsitzende stellte den Energiebericht 2012 vor, der den Mitgliedern des Kreistags vorlag.

Zunächst wies er darauf hin, dass in den Anmerkungen zum Energiebericht auf Seite 2 ein Fehler enthalten sei. Demnach habe der Wasserbrauch im Jahr 2011 10.049 m<sup>3</sup> und nicht wie angegeben, 9.992 m<sup>3</sup> betragen. Demgemäß entspreche dies einer Reduzierung von – 9,0 %.

Schwerpunktmäßig sei im Berichtsjahr eine hohe mengenmäßige Reduzierung der Wärmeenergie am Schulzentrum Kusel festzustellen, was hauptsächlich auf die geringere außerschulische Nutzung der Sporthalle zurückzuführen sei. Im Gegensatz dazu sei der Energieverbrauch an der IGS Schönenberg-Kübelberg/Waldmohr deutlich gestiegen, was insbesondere mit dem Neubau der Mensa begründet sei.

Anhand einer Beamer-Präsentation zeigte er die Entwicklung der Verbräuche seit dem ersten Energiebericht im Jahr 1992 auf und ging auf Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr im Einzelnen ein. Der witterungsbereinigte Wärmeverbrauch sei demnach gegenüber dem Vorjahr von 7.834.961 kWh auf 7.210.008 kWh gefallen. Der tatsächliche Wärmeverbrauch war mit 6.860.410 jedoch um 165.000 kWh höher als im Jahr 2011. Infolgedessen sei auch der CO<sub>2</sub>-Verbrauch von 2.455,69 t auf 2.504,00 t gestiegen. Auch der Gesamtstromverbrauch sei um 6.453 kWh auf 970.910 kWh leicht gestiegen. Der Wasserverbrauch sei, wie bereits eingangs angesprochen, auf 9.185 m<sup>3</sup> gefallen. Durch die gestiegenen Energiekosten sowie dem bereits erwähnten erhöhten Mehrverbrauch an Wärmeenergie seien die Gesamtenergiekosten im Vergleich zu 2011 um 86.606,53 Euro auf 920.867,84 Euro gestiegen.

Auf Anfrage von Herrn Hans Harth, wieso keine Einzelbetrachtung des Gebäudes der Jakob-Muth-Schule mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung im Energiebericht enthalten sei, erklärte der Energiebeauftragte, Herr Norbert Stoffel, dass für diese Darstellung aus technischen Gründen die Daten von mindestens drei Vergleichsjahren erfasst sein müssten, welche für dieses Gebäude nach dem Umbau der ehemaligen Hollerschule noch nicht vorliegen.

<b>Kreistags-Sitzung am 18.12.2013</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>32</b>		
<b>TOP: 5</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür <b>32</b>	Dagegen <b>0</b>	Enthaltung <b>0</b>

***Vollzug des Haushaltsplanes 2012  
hier: Haushaltsüberschreitungen***

Beim Vollzug des Haushaltsplanes 2012 ergaben sich Haushaltsüberschreitungen in Höhe von insgesamt 428.981,69 €.

Davon entfallen 409.855,95 € auf den Ergebnishaushalt (406.280,67 € für Personal- und Versorgungsaufwendungen; 3.575,28 € für Teilergebnishaushalt 03, Abteilung Ordnung und Verkehr). Dennoch liegt der Jahresfehlbetrag des Ergebnishaushaltes mit 14.465.160,55 € um 139.711,45 € unter dem geplanten Jahresfehlbetrag von 14.604.872 €.

Im Finanzhaushalt sind Haushaltsüberschreitungen in Höhe von 19.125,74 € für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit beim Teilfinanzhaushalt 06, Abteilung Ernährung, Gesundheit und Soziale Dienste, entstanden. Hierbei handelt es sich um Mehrauszahlungen für den Bau des Tierheims. Durch Einsparungen bei anderen Investitionen konnten diese Mehrauszahlungen abgedeckt werden. Insbesondere konnte der vorgesehene Investitionskredit von 2.100.326 € um rd. 100 T€ auf 2 Mio. € reduziert werden.

Die Haushaltsüberschreitungen bei der Personal- und Versorgungsaufwendungen des Ergebnishaushaltes in Höhe von 406.280,67 € fallen in den Zuständigkeitsbereich des Kreistages, da sie über 100.000,- € liegen. Zur Erläuterung der Haushaltsüberschreitung lag den Kreistagsmitgliedern die Anlage 1.1 zum Rechenschaftsbericht vor.

Der Kreisausschuss hat den übrigen Haushaltsüberschreitungen in Höhe von 3.575,28 € im Ergebnishaushalt sowie in Höhe von 19.125,74 € im Finanzhaushalt (Investitionen) bereits zugestimmt.

**Beschluss:**

Der Kreistag stimmt den in der Anlage 1.1 zum Rechenschaftsbericht aufgeführten Haushaltsüberschreitungen in Höhe von 406.280,67 € zu.

<b>Kreistags-Sitzung am 18.12.2013</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>30</b>		
<b>TOP: 6</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

## **Jahresabschluss 2012**

### **6.1 Feststellung des Jahresabschlusses**

### **6.2 Entlastung des Kreisvorstands**

Gemäß den §§ 25 Abs.2 Ziffer 3 und 57 LKO i.V.m. § 114 Abs. 1 GemO beschließt der Kreistag über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses. Er entscheidet in einem gesonderten Beschluss über die Entlastung des Landrats und der Kreisbeigeordneten.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den Jahresabschluss 2012 sowie die Anlagen zum Jahresabschluss unter Berücksichtigung der Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes sowie der Stellungnahmen des Landrats geprüft. Dem Rechnungsprüfungsausschuss wurden alle Belege und Unterlagen, die dem Jahresabschluss zugrunde liegen, zur Verfügung gestellt. Insbesondere lagen den Mitgliedern folgende Unterlagen vor:

- Jahresabschluss 2012 sowie die Anlagen zum Jahresabschluss
- Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes der Kreisverwaltung vom 29.11.2013 einschließlich der Stellungnahme des Landrats gemäß § 57 LKO i.V.m. § 113 Abs. 4 GemO.

Diese Unterlagen lagen den Mitgliedern des Kreistags ebenfalls vor. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat über Art und Umfang sowie über das Ergebnis der eigenen Prüfungshandlungen einen Prüfungsbericht zu erstellen (§ 57 LKO i.V.m. § 113 Abs. 2 GemO). Nach Stellungnahme des Landrats gibt der Rechnungsprüfungsausschuss den Prüfungsbericht und die Stellungnahme des Landrats beim Kreistag ab (§§ 110 Abs. 3, § 113 Abs. 4 GemO). Der Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsausschusses war der Beschlussvorlage ebenfalls beigefügt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss spricht gegenüber dem Kreisausschuss bzw. Kreistag die Empfehlung aus, den geprüften Jahresabschluss 2012, wie von der Verwaltung vorgelegt, festzustellen und dem Landrat sowie den Kreisbeigeordneten die Entlastung zu erteilen.

Da alle drei Kreisbeigeordneten den Landrat im Prüfungszeitraum vertreten haben, führte während dieses Tagesordnungspunktes das älteste anwesende Kreistagsmitglied, Herr Detlef Bojak, den Vorsitz. Herr Landrat Dr. Hirschberger und die Kreisbeigeordneten nahmen unter den Zuhörern Platz.

Nachdem Herr Bojak feststellte, dass den Kreistagsmitgliedern die Unterlagen zum Jahresabschluss vollständig vorlagen, übergab er das Wort an den Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Herrn Rudi Agne (SPD). Herr Agne zeigte zunächst die Eckdaten des Jahresabschlusses 2012 auf und erklärte, dass der Rechnungsprüfungsausschuss den Jahresabschluss mit seinen Anlagen risikoorientiert geprüft habe. Anschließend berichtete er über das Prüfungsverfahren. Zusammenfassend erklärte, dass die Prüfung zu keinen Einwendungen geführt habe und verlas anschließend das Prüfungsergebnis. Der Rechnungsprüfungsausschuss habe ihn ermächtigt, dem Kreisausschuss bzw. dem Kreistag den vorliegenden Prüfungsbericht abzugeben. Außerdem habe das Gremium einstimmig die Empfehlung ausgesprochen, den Jahresabschluss festzustellen und dem Kreisvorstand die Entlastung zu erteilen. Der Kreisausschuss habe in seiner Sitzung am 09.12.2013 ebenfalls eine entsprechende Beschlussempfehlung abgegeben. Weiterhin wies er darauf hin, dass der

Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung vom Rechnungsprüfungsamt über dessen unterjährigen Prüfungen unterrichtet worden sei. Auch hierzu wurden keine Einwände erhoben.

Nachdem keine Fragen vorgebracht wurden, stellte Herr Bojak die Feststellung des Jahresabschlusses und die Entlastung des Kreisvorstands jeweils gesondert zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Entsprechend den Empfehlungen des Rechnungsprüfungs- und des Kreisausschusses

Abstimmungsergebnis zu a): (30 Dafür, 0 Dagegen, 0 Enthaltungen)

a) stellt der Kreistag den geprüften Jahresabschluss, wie von der Verwaltung vorgelegt, gemäß § 57 LKO i.V.m. § 114 Abs. 1 Satz 1 GemO, fest, nimmt die geprüften Anlagen zum Jahresabschluss zur Kenntnis und

Abstimmungsergebnis zu b): (30 Dafür, 0 Dagegen, 0 Enthaltungen)

b) erteilt dem Landrat sowie den Kreisbeigeordneten gemäß § 57 LKO i.V.m. § 114 Abs. 1 Satz 2 GemO die Entlastung für das Haushaltsjahr 2012. |

<b>Kreistags-Sitzung am 18.12.2013</b> <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>31</b>		
<b>TOP: 7</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

***Unterrichtung über unterjährige Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes im Jahr 2013***

Dem Rechnungsprüfungsamt obliegt die Prüfung der in § 57 LKO i.V.m. § 112 Abs. 1 GemO genannten Aufgaben. Die Ergebnisse dieser Prüfung sind jeweils in einem Schlussbericht zusammenzufassen, der dem Kreistag vorzulegen ist. (§ 57 LKO i.V.m. § 112 Abs. 7 GemO) Das Rechnungsprüfungsamt hat einen Schlussbericht erstellt, der den Mitgliedern des Kreistags vorlag.

Die Mitglieder des Kreistags nahmen den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis. Einwände und Fragen wurden keine vorgebracht.

<b>Kreistags-Sitzung am 18.12.2013</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>29</b>		
<b>TOP: 8.1</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür <b>29</b>	Dagegen <b>0</b>	Enthaltung <b>0</b>

### ***Feststellung des Jahresabschlusses für das Jahr 2012***

Gem. § 57 LKO i. V. m. § 86 Abs. 2 GemO ist die Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kusel nach den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung (EigAnVO) zu verwalten.

Dies bedeutet, dass die Bestimmungen des zweiten Abschnittes der EigAnVO über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen anzuwenden sind. Hiernach hat die Rechnungslegung der Abfallentsorgung nach den Grundsätzen der doppelten kaufmännischen Buchführung zu erfolgen.

Der Abschluss für das Wirtschaftsjahr 2012 wurde von der Verwaltung entsprechend der §§ 22 bis 27 EigAnVO erstellt und von der Mittelrheinischen Treuhand GmbH geprüft. Der nach den kommunalrechtlichen Vorschriften vorgesehene Bestätigungsvermerk wurde uneingeschränkt erteilt.

Das Wirtschaftsjahr 2012 wurde mit folgender Bilanzsumme abgeschlossen:

<b>Aktiva:</b>	<b>20.413.746,83 €</b>
<b>Passiva:</b>	<b>20.413.746,83 €</b>

Das Jahresergebnis war gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen durch folgende Sachverhalte beeinflusst:

#### a) Ergebnisverbessernd

- Im Bereich „Gebühren sonstiger Anlieferer“ stiegen die Umsatzerlöse um T€ 461, da im Vergleich zum Vorjahr zusätzliche Materialien, insbesondere torfhaltiger Erdaushub, asbesthaltige Baustoffe und Flugasche akquiriert werden konnten.
- Die Aufwendungen für die Müllverbrennung verringerten sich infolge gesunkener Restabfallmengen um T€ 73.
- Die Unterhaltungsaufwendungen für die Deponien fielen um T€ 68 niedriger aus als im Vorjahr. Hier waren die Vorjahresaufwendungen durch eine Teilabdichtung des Deponieabschnittes I der Deponie Schneeweiderhof erhöht.
- Die Mietaufwendungen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 101. Der Rückgang ist durch Ersatzanmietungen von Betriebsanlagen im Vorjahr begründet, die im Berichtsjahr ausliefen und durch eigene Investitionen ersetzt wurden.
- Der Rückgang der Zinsaufwendungen um T€ 93 ist im Wesentlichen auf die weitere planmäßige Tilgung der Darlehen von Kreditinstituten und durch Umschuldung von Darlehen zu verbesserten Konditionen zurückzuführen.

## b) Ergebnisverschlechternd

- Die Erlöse für die Verwertung der PPK-Fraktion verringerten sich als Folge rückläufiger PPK-Mengen um T€60.
- Im Bereich der „Gebühren Selbstanlieferer“ sanken die Umsatzerlöse um T€ 64 bedingt durch im Vorjahr hier enthaltene Baustellenabfälle aus zwei großen Bauprojekten, die Anfang 2012 beendet wurden.
- Der Anstieg der Aufwendungen für Transport und Entsorgung um T€82 resultiert aus der Umstellung der Sperrmüllabfuhr auf das Abfuhr-bei-Anruf-System sowie aus über Preisgleitklauseln weiterberechneten höheren Lohn- und Sachkosten.
- Die Personalaufwendungen erhöhten sich bei einem um 1,25 Mitarbeiter höheren durchschnittlichen Personalbestand, den tariflichen Anhebungen im Berichtsjahr sowie der Zuführung zur Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen um T€108.
- Im Berichtsjahr wurde die Abschreibung des Deponiegrundstücks, des Deponiekörpers, der Entgasungsanlage, den Anlagen zur Sickerwasserentsorgung und eines Rückhaltebeckens der Deponie Schneeweiderhof umgestellt. Die bisherige mengenabhängige Abschreibung wurde auf eine lineare zeitraumabhängige Abschreibungsmethode unter Verwendung einer voraussichtlichen Restnutzungsdauer der Deponie von 30 Jahren umgestellt. Die Abschreibungen erhöhten sich dadurch gegenüber dem Vorjahr um T€343.
- Im Zuge der Anpassung der Restnutzungsdauer der Deponie Schneeweiderhof wurde die Rückstellung für die Rekultivierung und Nachsorge der Deponie entsprechend neu bewertet was zu einer um T€ 1.026 höheren Rückstellungszuführung führte als im Vorjahr.
- Der Rückbau einer Deponiemessstelle sowie die Reparatur einer Feuerlöschpumpe waren die wesentlichen Gründe für den Anstieg der Instandhaltungs- und Reparaturaufwendungen unbeweglicher Betriebsanlagen um T€64.

Danach ergibt sich ein **Jahresgewinn** in der Gewinn- und Verlustrechnung von

**324.929,17 €**

Entsprechend der LVO über die Prüfung kommunaler Einrichtungen vom 22.07.1991 fand in der Sitzung des Kreisausschusses am 27.11.2013 eine Schlussbesprechung statt, zu der auch der Rechnungshof eingeladen wurde.

Der Jahresabschluss sowie der Prüfungsbericht lagen den Mitgliedern des Kreistags vor.

Der Jahresabschluss wurde gemeinsam mit dem Wirtschaftsplan der Abfallentsorgungseinrichtung (vgl. TOP 8.2) behandelt und anschließend getrennt über die Beschlussvorschläge abgestimmt.

## **Beschluss:**

Entsprechend der Empfehlung des Kreisausschusses

- a) stellt der Kreistag gemäß § 27 Abs. 2 EigAnVO den Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2012 der Einrichtung "Abfallentsorgung", wie vorgelegt, mit der Bilanzsumme

**Aktiva: 20.413.746,83 €**

**Passiva: 20.413.746,83 €**

und den Jahresgewinn in Höhe von **324.929,17 €**

fest und

- b) beschließt, den Jahresgewinn in Höhe von **324.929,17 €** der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

Da die Feststellung des Jahresabschlusses auch die Entlastung bezüglich der Jahresrechnung einschließt, nahm der Vorsitzende an der Abstimmung nicht teil.

<b>Kreistags-Sitzung am 18.12.2013</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>30</b>		
<b>TOP: 8.2</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür <b>30</b>	Dagegen <b>0</b>	Enthaltung <b>0</b>

### **Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014**

Den Mitgliedern des Kreistags lag der Entwurf des Wirtschaftsplans für die Abfallentsorgung für das Wirtschaftsjahr 2014 vor.

Der Vorsitzende erläuterte zum Jahresabschluss für das Jahr 2012, dass der Gewinn in Höhe von rd. 325.000,- Euro zwar geringer als im Vorjahr ausgefallen sei, dass dies jedoch auf die Umstellung der Abschreibungsmethode sowie der Erhöhung des Rückstellungsbetrages im Zuge der Verlängerung des Nachsorgezeitraumes der Deponie Schneeweiderhof zurückzuführen sei. Nachdem auch der geplante Gewinn für das Haushaltsjahr 2013 in Höhe von rd. 500.000,- Euro nach derzeitigem Kenntnisstand voraussichtlich erzielt werde, könne man feststellen, dass die Müllgebühren im Landkreis Kusel durchaus demographiefest seien.

Der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Herr Matthias Bachmann, lobte, dass durch die vorgesehene Zuführung des Jahresgewinns 2012 zu der allgemeinen Rücklage die Eigenkapitalquote um weitere 2 % ansteige. Die Umstellung der Abschreibungsmethode auf eine zeitraumabhängige Abschreibung belaste zwar das Jahresergebnis, jedoch ergebe dies ein realistischeres Bild der Restnutzungsdauer der Deponie. Zudem bestehe für nachfolgende Generationen die Möglichkeit, den dritten Deponieabschnitt zu aktivieren, wodurch eine stille Reserve gebildet wurde. Für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Kusel sei es daher ein positiver Ausblick, dass trotz rückläufiger Einwohnerzahlen und rückgängigen Müllmengen nicht mit einer Erhöhung der Gebühren gerechnet werden müsse. Auch habe sich die Einführung der Sperrmüllabfuhr auf Abruf bewährt und der Service werde nunmehr dadurch abgerundet, wenn im kommenden Jahr die kostenlose Sperrmüllanlieferung auf der Kreis-  
mülldeponie angeboten werde. Die positive wirtschaftliche Entwicklung setze sich auch im Jahr 2014 mit einem geplanten Gewinn in Höhe von rd. 566.000,- Euro fort. Die SPD-Fraktion stimme der Feststellung des Jahresabschlusses und der Verwendung des Jahresgewinns sowie dem Wirtschaftsplan 2014 zu. Herr Bachmann verließ nach seinem Wortbeitrag die Sitzung und nahm an der Abstimmung zu den Tagesordnungspunkten 8.1 und 8.2 nicht teil.

Anschließend nahm Herr Robert Drumm für die Fraktion „Die Linke“ Stellung und erklärte, dass sich seine Fraktion angesichts der Überschüsse damit befasst habe, ob eine Senkung der Müllgebühren möglich sei. Vor dem Hintergrund, dass es durch Umstellungen im Abfallsystem jedoch einige Unabwägbarkeiten gebe, habe man davon wieder Abstand genommen und werde der Feststellung des Jahresabschlusses sowie dem Wirtschaftsplan, wie vorgelegt, zustimmen.

Mit Blick auf die von Herrn Drumm angesprochenen Änderungen des Abfallsystems ging der Vorsitzende im Anschluss auf die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgelegten Ziele im Bereich Kreislaufwirtschaft ein und erklärte, dass man über eine Senkung der Müllgebühren nachdenken könne, wenn auch in einigen Jahren die Kapitalausstattung entsprechend verbessert sei. Nachdem er kurz die wesentlichen Änderungen des Wirtschaftsplans 2014 gegenüber dem Wirtschaftsplan 2013 erläuterte, stellte er die Beschlussvorlagen zur Abstimmung.

## **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt, wie von der Verwaltung vorgelegt, den Entwurf zum Wirtschaftsplan für die Abfallentsorgung für das Wirtschaftsjahr 2014.

<b>Kreistags-Sitzung am 18.12.2013</b> <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>39</b>		
		davon anwesend: <b>30</b>		
<b>TOP: 9</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

### **Informationen**

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes informierte der Vorsitzende die Mitglieder des Kreistages über folgende Themen:

#### **„Stadt, Land, Kreis“-Woche im SWR Fernsehen**

Hierzu informierte der Vorsitzende, dass die Berichterstattung über den Landkreis Kusel im Rahmen des SWR-Programmschwerpunkts „Stadt, Land, Kreis“ auf dem Sendepplatz mit 120.000 Zuschauern den Bestwert für die bislang 32 Landkreis-Porträts eingestellt habe.

#### **Kindertagesstätten-Bedarfsplan**

Anschließend wies er darauf hin, dass den Kreistagsmitgliedern die Fortschreibung 2013 des Kindertagesstätten-Bedarfsplans ausgeteilt sei und wies darauf hin, dass im Landkreis Kusel ein flächendeckendes bedarfsgerechtes Betreuungsangebot bestehe.

#### **Anfrage der FDP-Fraktion**

Wie vor Eintritt in die Tagesordnung angekündigt, beantwortete der Vorsitzende sodann die mündliche Anfrage der FDP-Fraktion zur Bahn-Busverbindung. Frau Katharina Büdel schilderte die Problematik, wonach sich die Vertaktung der Züge aus Kaiserslautern nach Homburg mit der Buslinie in Richtung Kusel am späten Nachmittag und am Abend infolge des Fahrplanwechsels der Bahn verschlechtert habe und erläuterte dies anhand einiger Beispiele. Der Vorsitzende erklärte, dass er ohnehin über die Angelegenheit habe informieren wollen und dass die Verschlechterung mit Bauarbeiten an der Strecke Kaiserslautern und Homburg bzw. Kaiserslautern und Kusel zusammenhänge, welche bis 2018 andauern. Seitens des Schienenzweckverbandes Rheinlandland-Pfalz Süd habe man diesen Zustand bereits kritisiert und Verbesserungen zumindest auf der Strecke Kaiserslautern – Kusel erwirkt. Auf sein Bestreben hin finde zusammen mit der Deutschen Bahn eine Infoveranstaltung zu den Auswirkungen der Bauarbeiten statt. Eine Veränderung der Busabfahrtszeiten sei aufgrund des engen Zeitkorridors zu weiteren Anschlussverbindungen gleichwohl schwer umsetzbar.

Einwände gegen die vom Vorsitzenden vorgetragenen Informationen wurden seitens der Mitglieder des Kreistags nicht erhoben.

\*\*\*\*\*

Die Sitzung begann um 16:00 Uhr und endete gegen 18:20 Uhr.

\*\*\*\*\*

Geschlossen:

Der Vorsitzende:  
gez.  
(Dr. Winfried Hirschberger)  
Landrat

Der Schriftführer:  
gez.  
(Manfred Drumm)  
Kreisoberverwaltungsrat